

## **Lokale Demokratie beleben**

### **Eine kurze Projektbeschreibung**

#### **Problemstellung**

Historisch gesehen bildet die repräsentative Demokratie das Kernstück demokratischer Entwicklung. Sie war in der Bundesrepublik Deutschland auf allen politischen Ebenen „politisch-kulturelles Leitbild und institutionelles Grundschema“ (Nolte 2011, S. 8). Doch seit einigen Jahren erleben wir vor allem auf der kommunalen Ebene einen Bedeutungsverlust von klassischen demokratischen Entscheidungsprozessen. Mit anderen Worten ausgedrückt: In zahlreichen Kommunen liegt eine Strukturschwäche der repräsentativen Demokratie vor. Kennzeichnend hierfür sind unter anderem folgende lokale Entwicklungen:

- die Anzahl kommunalpolitisch engagierter Parteimitglieder sinkt,
- Ortsvereine zerfallen oder sie sind für mehrere Gemeinden zuständig,
- die Wahlbeteiligung liegt regelmäßig bei unter 50 Prozent,
- Sitze in den Kommunalparlamenten bleiben unbesetzt und
- immer weniger kommunale Bürgerbüros werden unterhalten.

Infolgedessen stellt sich die Frage, inwiefern die politischen Parteien auf der kommunalen Ebene noch ausreichend als politisch-bürgerschaftliche Vereinigungen fungieren. Besonders prekär ist die Lage in Ostdeutschland, wo Rechtsradikale die Strukturschwäche der repräsentativen Demokratie zu nutzen wissen und sich als kommunale „Kümmerer“ profilieren.

Dafür hat in den letzten zwei Jahrzehnten die direkte und kooperative Demokratie stark an Bedeutung gewonnen. Schon Anfang der 1990 Jahre formulierte Ulrich Beck: „Das Politische bricht jenseits der formalen Zuständigkeiten auf und aus.“ (Beck 1993, S. 156). Die direkte und kooperative Demokratie dehnt sich aus und wird speziell innerhalb der gebildeten Mittelschichten zu einem Teil der Lebensführung. Ihre Forderung lautet: Wir wollen alle wichtigen Dinge inhaltlich mitplanen, mitentscheiden und mitgestalten! Zudem gibt es in den Kommunen eine Vielzahl an offenen politischen Konflikten (z.B. bezüglich der Zweck- und Verhältnismäßigkeit kommunaler Investitionen), wohl auch weil die Parteien und die Kommunalpolitik

keine Orte erfolgreicher Kommunikation sind. In der Folge sind zum Beispiel die Gerichtsbarkeiten gut ausgelastet, zahllose Demonstrationen finden statt und es werden immer mehr Bürgerbegehren/-entscheide auf den Weg gebracht. Viele dieser intervenierenden Beteiligungsverfahren sorgen für eine finale Entscheidung, lösen aber nur selten den Konflikt. Das Problem liegt in ihrem Mangel an Kommunikation und Kooperation, denn sie setzen zu einem Zeitpunkt ein, wo das Kind schon im Brunnen liegt.

Die Bürger sind also mitnichten unpolitischer geworden, vielmehr hat sich das Beteiligungsinteresse hin zu konkreten Projekten und frühen dialogischen Verfahren verschoben. Sie wenden sich ab vom klassischen Politikverständnis! Demnach wird der lokale Staat im Austausch gegen die Zahlung von Steuern als Leistungserbringer gesehen und die Bürger „flüchten“ sich als brave Untertanen in die Rolle der Leistungsempfänger. Heute wollen die Bürger jedoch in wachsendem Maße über das ob und wie der kommunalen Leistungserbringung mitentscheiden. Insofern sind sich Politik, Wissenschaft und Gesellschaft heute auch weitgehend einig darüber, dass die Kommunalpolitik neue Kooperations- und Beteiligungsmodelle (z.B. Bürgerhaushalte) braucht als auch die etablierten Verfahren der repräsentativen (z.B. Informationsrechte der Kommunalparlamente) und direkten Demokratie (z.B. Bürgerentscheide) weiterentwickelt werden müssen.

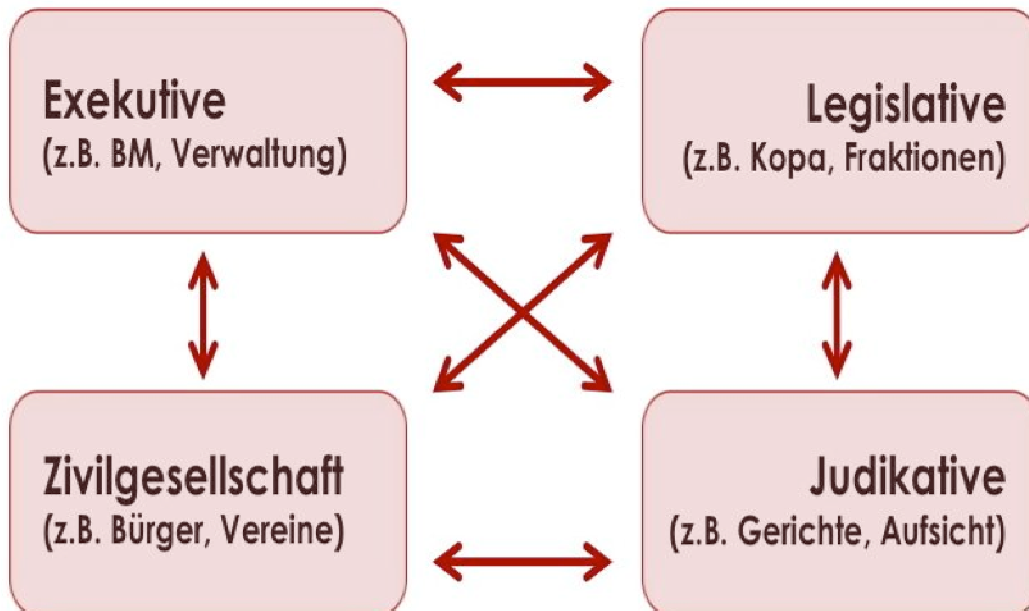
### **Projektziele**

Völlig unklar ist jedoch, wie die Kommunalpolitik hin zu einer partizipativen Kooperationsdemokratie reformiert werden könnte. An dieser Stelle setzt das Projekt „Lokale Demokratie beleben“ an und möchte weiterdenken, informieren, vernetzen und letztlich die Politik (v.a. die Landesgesetzgeber) davon überzeugen, dass die Kommunalpolitik angesichts des allgemeinen Wertewandels und der sich wandelnden politischen Rahmenbedingungen neue rechtliche (z.B. eine stärkere Würdigung diskursiver Bürgerversammlungen in den Gemeindeordnungen) und strukturelle Garantien (z.B. Landesförderprogramme, die den Aufbau kommunaler Kooperationsmanagementstrukturen unterstützen) braucht.

In den Blick nimmt das Projekt sowohl das Thema Bürgerbeteiligung (vertikale Kooperation) als auch das konstruktive Zusammenspiel der Kommunalorgane (horizontale Kooperation). Es ist wichtig, sich der lokalen Demokratie systemisch zu nähern, denn sinnvolle rechtliche und strukturelle Veränderungen lassen sich nur dann vornehmen, wenn die kommunalpolitische Rolle aller relevanten Akteure aus der Zivilgesellschaft, Exekutive, Legislative und Judikative (kommunalpolitisches

Viereck) untersucht und ihre Austauschbeziehungen zueinander in Beziehung gesetzt werden.

## Das kommunalpolitische Viereck



Die zentralen Projektfragen lauten: Wie überwinden wir die partizipatorische Protestdemokratie und schaffen die Anlagen für eine partizipatorische Kooperationsdemokratie? Wie kann ein gutes Zusammenspiel zwischen den Verfahren der repräsentativen, direkten und kooperativen Demokratie aussehen? In welchem Umfang schaffen kooperative kommunalpolitische Systeme Wohlfahrtsgewinne, mehr Transparenz, Akzeptanz, Gerechtigkeit und Legitimität? Welche gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen braucht es hierfür und wie stellen wir diese her?

### Projektkomponenten

Das Projekt "Lokale Demokratie beleben" möchte zur Verwirklichung der Projektziele beitragen, indem es eine offene Informationsplattform zur lokalen Demokratie bzw. Kommunalpolitik unterhält. Im publizistischen Fokus steht nicht das gesamte Spektrum bürgerschaftlichen Engagements, sondern es geht allein um die politischen Züge kommunalen Engagements. Die Website besteht aus vier Komponenten, für die es in dieser Form noch kein Angebot gibt ([www.lokale-demokratie.de](http://www.lokale-demokratie.de)).

**1. Die Rubrik Modelle** steht für eine Aufsatzdatenbank. Hier kann jedermann (semi-) wissenschaftliche Aufsätze publizieren, die sich damit beschäftigen, wie die etablierten kommunalpolitischen Verfahren (z.B. Gemeinderatswahlen und Bürgerbegehren) optimiert und neue kooperative Verfahren (z.B. Gemeindeportale und partizipative Bauleitplanungen) institutionalisiert werden können. Jeder Artikel lässt sich kommentieren und zu jedem Online-Diskussionen führen. Um den gewünschten systemischen Zugang zum Thema gewährleisten zu können, werden die Artikel in ein vorgegebenes, aber dennoch änderbares kommunalpolitisches Modell eingebunden.

**2. Die Rubrik Normen** steht für eine Gesetzesdatenbank. Hier sollen „alle“ relevanten kommunalpolitischen Gesetze und Rechtsverordnungen zusammengeführt werden. Ziel ist es, einen einfachen Zugang für jedes Bundesland zu schaffen, um so die Eigenheiten der 16 deutschen Kommunalverfassungen herausarbeiten zu können. Zu jeder Rechtsnorm werden wissenschaftliche, aber dennoch praxisnahe Leitfäden erstellt, zum Beispiel: Wie führt man einen Bürgerentscheid durch? Wann und wie ruft man das Verwaltungsgericht an? Wie wird man Bürgermeisterkandidat?

**3. Die Rubrik Methoden** steht für eine Methodendatenbank. Hier entstehen eingebettet in eine lotsende Struktur um die 80 Methodenbeschreibungen (z.B. SWOT-Analyse oder Zukunftskonferenz) für Beteiligungsprozesse. Sie umfassen den gesamten Moderationsprozess, von der Auftragsklärung bis zur Ergebnis- und Lerntransfersicherung. Die Texte fallen so detailreich aus, dass auch Laien bzw. unerfahrene Moderatoren sie gut verstehen und für ihre praktische Arbeit nutzen können. Ziel ist es, dass die Methodenbeschreibungen mehr Prozessfragen klären als schaffen.

**4. Die Rubrik Netzwerk** steht für eine Projektedatenbank. Hier stellen unter anderem Universitäten, Vereine, Kommunen und Stiftungen ihre Projekte vor. Diese können unterschiedlichster Natur sein (z.B. kommunale Projekte, Publikationen, Lehrveranstaltungen oder Gesetzesinitiativen), sollten sich dem Thema lokale Demokratie bzw. Kommunalpolitik jedoch systemisch nähern. Es geht nicht darum, möglichst viele Einzelprojekte (z.B. lokale Bürgerhaushalte oder Jugendparlamente) zu erfassen, sondern vielmehr um Projekte, die die Kommunalpolitik als Ganzes in den Blick nehmen.

In dieser Form möchte das Projekt "Lokale Demokratie beleben" den kommunalpolitischen Wissens- und Erfahrungsaustausch fördern und eine kritische Masse an Akteuren aus Wissenschaft, Politik und kommunaler Praxis versammeln, die die Kraft haben, die lokale Demokratie entscheidend voran zu bringen (z.B. auf dem Wege von Gesetzesänderungen oder neuen Landesförderprogrammen).

### **Initiatoren**

Das Projekt geht zurück auf vier Privatpersonen aus Sachsen, die vor allem die kommunalpolitischen Probleme in Ostdeutschland sehr gut kennen. Sie engagieren sich seit vielen Jahren in verschiedenen kommunal- und landespolitischen Funktionen und/ oder arbeiten zum Thema lokale Demokratie wissenschaftlich. Dieser Personenkreis wird das Projekt zunächst organisatorisch vorantreiben, bis 2013/2014 ein Verein zur Förderung der lokalen Demokratie gegründet oder das Projekt in einen bestehenden Verein integriert bzw. von ihm weitergeführt wird.

**Dr. Peter Patze-Diordiychuk**, Politologe und Volkswirt; freiberuflich tätig als Trainer, Moderator und Dozent; ehemaliges Mitglied des Kreistages Erzgebirge und des Stadtrates Oelsnitz/Erzgebirge.

**Kontakt:** peter.patze@me.com

Manfred Plobner, Markscheider; Rentner; Mitglied des Stadtrates Oelsnitz/Erzgebirge; ehemaliges Mitglied des Sächsischen Landtags und des Kreistages Stollberg.

Dr. Jürgen Smettan, Volkswirt und Psychologe; hauptamtlicher Dozent an der Berufsakademie Sachsen, Studienakademie Dresden; Geschäftsführer der Identra GmbH.

Benjamin Trinks, Lehramtsstudent; Mitglied des Stadtrates Oelsnitz/Erzgebirge.

### **Literatur**

Beck 1993: Die Erfindung des Politischen, S. 156.

Nolte 2011: Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie, S. 8.